

MILITÄR

Spionin aus der Kälte

Eine Übersetzerin wollte offenbar geheime deutsche U-Boot-Pläne an die Chinesen verkaufen.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Landesverrats.

Der Winter im kanadischen Burlington, eine Autostunde von den Niagarafällen entfernt, gilt als hart und unwirtlich. In der 130 000-Einwohner-Stadt, wo die Eichhörnchen Erdnüsse von der Holzveranda picken und die Autos wegen der Schneewehen höher gelegt sind, bedeuten bis zu 15 Grad minus nichts Ungewöhnliches. Besuchern aus der deutschen Heimat empfahl die Wahl-Kanadierin Michaela T., 43, das Mitbringen langer Unterwäsche: „Es ist nämlich saukalt hier.“

Seit dem 13. September sitzt die gebürtige Pfälzerin in einer kargen Zelle der Justizvollzugsanstalt Koblenz. Sie war festgenommen worden, als sie ihren schwer kranken Vater in der Heimat besuchte. Die Übersetzerin, davon geht die Bundesanwaltschaft aus, soll versucht haben, geheime Militärunterlagen an China zu verkaufen. Im Knast und bei den Ermittlern gilt Michaela T. – in Anlehnung an einen Thriller von John le Carré – nun als „die Spionin, die aus der Kälte kam“.

Jetzt muss T. darauf warten, dass die Bundesanwaltschaft Anklage erhebt und

ein Gericht darüber befindet, ob sie tatsächlich versucht hat, Landesverrat zu begehen – darauf stehen zwischen einem Jahr und lebenslange Haft. Wenn ja, käme sie wohl kaum mit einer geringen Strafe davon, schließlich geht es um das Prestigeprojekt der deutschen Rüstungsindustrie zur See.

Die Auswanderin soll versucht haben, die Pläne eines der Heiligtümer der deutschen Marine zu verramschen. Für die technologischen Feinheiten der U-Boote der Kieler Großwerft HDW mit ihrem weltweit einmaligen Antriebssystem interessiert sich so ziemlich jeder Geheimdienst dieser Welt – T. hatte sich die Chinesen als potenzielle Käufer ausgesucht.

Der Fall gilt in der Bundesregierung als gleichsam peinlich wie sensibel. Die Chinesen sind ein selbstbewusster und schwieriger Partner. Am liebsten sähe es Berlin deshalb, wenn man die Interessenten aus Peking gar nicht erwähnen würde: Die Spionageaffäre soll die vom Kanzler persönlich beförderten wirtschaftlichen Beziehungen nicht belasten.

Das Spionagegut war T. praktisch frei Haus geliefert worden. Die Deutsche aus der Nähe von Mannheim genießt einen exzellenten Ruf als Übersetzerin. Sie gilt als nahezu zweisprachig, seit sie als junge Frau einen amerikanischen Air-Force-Angestellten heiratete und in die USA auswanderte; inzwischen besitzt sie auch einen amerikanischen Pass. Seit bald 20 Jahren überträgt Michaela T. vom Deutschen ins Englische, zu ihren Kunden gehören der Pharmariese Roche oder die Software-Schmiede SAP. Auch sensible Aufträge wie Handbücher der Flugzeughersteller Learjet und Cessna hat sie bearbeitet.

Deshalb schien es auch nicht ungewöhnlich, als sich im vergangenen Jahr eine Agentur bei ihr in Burlington meldete und um die möglichst schnelle Übersetzung eines umfangreichen Werks bat. Doch so etwas hatte Michaela T. noch nie gemacht: Sie sollte das Militärhandbuch der U-Boot-Klasse 212A, wie HDW ihre Wunderwaffe nennt, übersetzen.

Das Boot hat die Kieler Werft im Auftrag der deutschen Marine entwickelt. Vier deutsche Schiffe des Typs sind im Bau beziehungsweise in der Erprobung. Es ist mit das modernste nichtnukleare U-Boot der Welt. Und das technische Handbuch gilt als Schlüssel dazu, ein potenzielles Passpartout für die Technologie im Inneren.

Dem Traum von einem perfekten Unterwasserschiff kommt HDW ziemlich nahe: Konventionelle U-Boote müssen ihre Batterien regelmäßig durch einen Dieselmotor aufladen; 212A bezieht seinen Strom dagegen aus einer Brennstoffzellenanlage. Kein Diesel, kein Lärm – damit kann das Boot made in Germany nicht nur länger tauchen als die Konkurrenzmodelle, es ist auch nahezu unhörbar.

Vor allem die Chinesen interessieren sich für jede erdenkliche Neuerung zum



Chinesische Botschaft in Ottawa, Michaela T.: 100 000 Dollar für ein Staatsgeheimnis



U-Boot der Klasse 212A: Wunderwaffe der deutschen Marine

Thema U-Boot-Bau – insbesondere dann, wenn es um spezielle Antriebsformen wie die der U-Boot-Klasse 212A geht. Im Dauerkonflikt mit dem nur durch die schmale Taiwan-Straße getrennten abtrünnigen Taiwan setzt die Volksrepublik auf militärische Stärke. Zudem wissen die Chinesen, dass Taiwan schon mehrfach versucht hat, deutsche U-Boote zu kaufen, bislang allerdings vergebens.

Das fernöstliche Interesse an dem U-Boot-Projekt ist kein Geheimnis – und entsprechend aufgeschreckt reagierten die kanadischen Behörden, als sie im Oktober 2003 einen merkwürdigen Anruf bei der chinesischen Botschaft in Ottawa mithörten. Darin ging es offenkundig um die U-Boot-Unterlagen. Der kanadische Geheimdienst identifizierte die Anruferin später als Michaela T. und ihren Gesprächspartner als den Residenten des militärischen Nachrichtendienstes der Volksrepublik China.

Die Kanadier informierten sofort die deutschen Kollegen. Das Verteidigungsministerium erstellte ein Gutachten, dessen Ergebnis nicht dazu beitrug, die Bundesregierung zu beruhigen: Die U-Boot-Pläne, urteilten die Ministerialen, seien als Staatsgeheimnis einzustufen.

Dann begann eine Operation, wie sie John le Carré nicht besser hätte zu Papier bringen können.

Bei der Übersetzerin meldete sich ein Asiate, der angab, von der chinesischen Botschaft beauftragt worden zu sein. Er sei hier, um den Deal abzuwickeln. Am Ende des Gefeilsches stand die Summe von 100 000 Dollar im Raum, die die Pläne kosten sollten. Cash, im Austausch gegen das Handbuch. Eine der entscheidenden Fragen vor Gericht wird sein, wer wen zu dem Geschäft drängte – der vermeintliche Diplomat die Übersetzerin oder umgekehrt?

Eine Übergabe des Militärhandbuchs erfolgte jedenfalls nicht. Und der Chinese war kein Mitarbeiter der Botschaft, sondern ein verdeckter Ermittler der Kanadier. Die kanadische Polizei vernahm die Frau wegen Verstoßes gegen die Import- und Export-Gesetze, doch für eine Anklage reichte es nach kanadischem Recht nicht.

Wohl aber nach deutschen Gesetzen. Deshalb griffen Ermittler des Bundeskriminalamtes (BKA) zu, als Michaela T. jetzt auf Heimatbesuch war. Nun muss die deutsche Justiz entscheiden, wie gravierend Michaela T.s Schuld wirklich ist.

Möglicherweise hat die Übersetzerin, die in zweiter Ehe mit einem Niederländer verheiratet und Mutter zweier Kinder ist, aus einem Affekt heraus gehandelt, aus Rache über eine als unfair empfundene Behandlung.

Denn um den lukrativen Auftrag termingerecht bewältigen zu können, hatte T. mehrere Übersetzer als Subunternehmer

beauftragt. Doch dann, so erzählen es Beteiligte, habe die Agentur ein zusätzliches Glossar vorgelegt und sich über die Qualität der Arbeit beschwert.

Erst ging es um Wörter, später um Geld. Die Agentur wollte nicht zahlen, die Übersetzerin unbedingt ihr Geld – von wem auch immer. „Sie ist einfach schwach geworden“, sagen Vertraute. „Sie wollte tolle Weihnachtsgeschenke für ihre Familie kaufen und hat nicht bedacht, was das nach sich ziehen könnte.“

Mittlerweile sind auch die Strafverfolger überzeugt, dass Michaela T. allenfalls eine Hobby-Spionin ist, keine professionelle, kühl kalkulierende Landesverräterin. Die Ermittler des BKA, normalerweise nicht besonders feinfühlig, parkten – anders als sonst üblich – bei der Festnahme dezent eine Straßenecke weiter. Zudem verzichteten sie auf Blaulicht – um den Eltern das Getuschel in der Nachbarschaft zu ersparen. GEORG MASCOLO, HOLGER STARK

Gegendarstellung

In der Ausgabe des SPIEGEL Nr. 36 vom 30.8.2004 wird über mich behauptet, ich hätte als ehemaliger Finanzstaatssekretär Uwe Barschels einen illegalen U-Boot-Deal der damals staatseigenen Kieler Howaldtswerke Deutsche Werft AG „einstielen“ geholfen.

Hierzu stelle ich fest, dass sich HDW seit etwa 1983 um eine Genehmigung des Bundessicherheitsrats für ein U-Boot-Geschäft mit Südafrika bemühte. Davon hatte ich als Aufsichtsratsmitglied für den Minderheitsgesellschafter Land Schleswig-Holstein Kenntnis. Davon, dass dieses Geschäft etwa „illegal“ durchgeführt werden sollte, war mir nichts bekannt, schon gar nicht habe ich daran irgendwie mitgewirkt. Der sogenannte „U-Boot-Deal“ mit Südafrika war Gegenstand von zwei Untersuchungsausschüssen des Bundestags 1986 und 1988 und von später eingestellten Ermittlungsverfahren der Oberfinanzdirektion Kiel und der Staatsanwaltschaft Kiel. In keinem dieser Verfahren ist ein Verdacht meiner Mitwirkung bei diesem Geschäft geäußert worden.

Ferner wird in dem Artikel vom 30.8.2004 behauptet, ich hätte mir eine Villa aus Landesbesitz zu Sonderkonditionen gesichert. Hierzu stelle ich fest, dass ich im Jahr 1986 vom Bundesvermögensamt Kiel ein dem Bund gehörendes Haus, in dem ich bereits zur Miete wohnte, zum Schätzpreis eines vereidigten Sachverständigen gekauft habe. Kiel, den 15.9.2004

Dr. Carl Hermann Schleifer

Nach Paragraph 11 des Hamburgischen Pressegesetzes ist der SPIEGEL zum Abdruck der Gegendarstellung verpflichtet – unabhängig vom Wahrheitsgehalt. -Red.